Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

14.6.1919 (No. 137)

Visual Library

№ 137 Samstag, den 14. Juni 1919 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 ℳ 25 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 ℳ 42 ₰ — Einzelnummer 10 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Absetzung des Oberamtmanns in Stockach.

** Die dortige unabhängige Sozialdemokratie hat unter Führung von Rechtsanwalt Wieland durch Drohung mit Streik und Gewalttätigkeiten den Rücktritt des Oberamtmanns Dr. Pfaff in Stockach erzwungen, trotzdem bisher dem Ministerium des Innern keinerlei Beschwerden über dessen Amtsführung zugegangen sind.

Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß Oberamtmann Dr. Pfaff auf seinen Posten zurückkehrt und hat ein Gendarmerieaufgebot zur Durchführung dieser Anordnung nach Stockach kommandiert. Gegen das gewalttätige Vorgehen wird staatsanwaltschaftliche Untersuchung eingeleitet. Im übrigen werden die Beschwerden über die Dienstführung des Amtsvorstandes selbstverständlich geprüft.

Die Preise für Milch und Butter.

** Mit Rücksicht auf die durch die Verhältnisse ohnehin erregte Stimmung der verbrauchenden Bevölkerung hat die Regierung es bisher abgelehnt, dem Verlangen der Kuhhalter nach einer Erhöhung der Preise für Milch und Butter zu entsprechen. Dabei wurde gehofft, daß nach Eintritt der Grünfütterung wieder reichlich Futter verfügbar sein werde, wodurch einerseits eine Verstärkung der Milcherzeugung, andererseits eine wesentliche Ermäßigung des Heupreises eintreten werde.

Diese Hoffnung hat sich zufolge der großen Trockenheit leider nicht erfüllt. Dazu kommt, daß das Verlangen nach einer Erhöhung des Milchpreises sich nicht nur in den bäuerlichen Kreisen weiterhin verbreitet hat, wobei für den Fall der Nichtbewilligung häufig mit Einstellung der Ablieferung gedroht und diese Drohung mancherorts auch ausgeführt wurde, sondern daß auch aus den Reihen der Industriebevölkerung in verschiedenen ländlichen Kommunalverbänden die Preiserhöhung dringend befürwortet wird. In zahlreichen Gemeinden haben Bauern- und Arbeiterräte gemeinsame Sache gemacht und von sich aus die Preise bedeutend erhöht; hierbei kam man zumteil zu Preisen, die weit über das hinausgehen, was seitens der landwirtschaftlichen Organisationen als notwendig bezeichnet wird. Bei einer kürzlich mit Vertretern der Kommunalverbände, der Erzeuger und Verbraucher abgehaltenen Besprechung haben sämtliche Vertreter der größeren städtischen Kommunalverbände für eine Erhöhung des Erzeugerpreises auf 50 Pf. für den Liter Vollmilch gestimmt. Endlich kommt in Betracht, daß in den Nachbarstaaten Württemberg und Hessen eine erhebliche Preiserhöhung erfolgt ist.

Unter diesen Verhältnissen sah sich die Regierung nach eingehender Beratung mit dem parlamentarischen Ernährungsbeirat zu ihrem lebhaften Bedauern gezwungen, eine Preiserhöhung für Milch und Butter vorzunehmen. Der Gedanke, die Preiserhöhung aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten, läßt sich mit Rücksicht auf die sehr gespannte Lage des Staatshaushalts leider nicht verwirklichen. Es wird daher unter Ablehnung weitergehender Forderungen mit Wirkung vom 16. Juni 1919 ab bestimmt:

1. Der Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch ist in allen Gemeinden um 15 Pf. über den bisher zulässigen Preis zu erhöhen. Der höchste Preis in den einzelnen Bezirken darf die Grenze, wie sie aus der weiter unten folgenden Tabelle zu ersehen ist, nicht übersteigen. In den Gemeinden, welche nicht den Hauptverbrauchsorten benachbart oder nicht an der Bahn gelegen sind, darf der Grenzpreis des Bezirks nicht erreicht werden, sofern nicht für Lieferungen nach auswärts die Liefergemeinde oder die liefernde Genossenschaft die Fuhrkosten zur Bahn übernimmt. (Von Festsetzung eines einheitlichen Erzeugerpreises für das ganze Land wurde abgesehen, da dies auch den Friedensverhältnissen nicht entsprechen würde und zu befürchten ist, daß diese Änderung der bisherigen Bestimmungen beunruhigend wirken wird. Zu dem Erzeugerpreis werden bei Erfüllung der Voraussetzungen noch die Prämien von 1 bis 4 Pf. für den Liter gewährt.

Für Vorzugsmilch können die Kommunalverbände einen Erzeugerpreis bis zu 75 Pf. für 1 Liter zulassen.

Hinsichtlich des Verbraucherpreises kommt außer der Erhöhung des Erzeugerpreises in Betracht, daß auch die Unkosten für die Aufbringung und die Verteilung der Vollmilch weiter gestiegen sind. In den städtischen Kommunalverbänden darf daher der Verbraucherpreis für 1 Liter Vollmilch um 18 Pf. erhöht werden, wobei der Preis frei Wohnung des Verbrauchers die ebenfalls weiter unten zu erkennende Grenze nicht überschreiten darf. Den Milchausträgern ist eine angemessene Vergütung zu gewähren. In den ländlichen Kommunalverbänden darf der höchste Verbraucherpreis für Vollmilch frei Wohnung des Verbrauchers den Erzeugerpreis der Gemeinde um höchstens 6 Pf., in den zu ländlichen Kommunalverbänden gehörenden Bedarfsgemeinden den Erzeugerpreis des Bezirks um höchstens 12 Pf. übersteigen. Den Wünschen, die Festsetzung der Verbraucherpreise vollständig den Kommunalverbänden oder Gemeinden zu überlassen, kann nicht entsprochen werden, da die hierbei zu erwartende große Verschiedenheit der Preise zweifellos lebhafte Unzufriedenheit hervorrufen würde.

2. Der Erzeugerpreis für 1 Liter Magermilch und Buttermilch wird für alle Bezirke auf 25 Pf. erhöht; Ziffer 1 Absatz 3 ist auch hier maßgebend. Der höchste Verbraucherpreis für 1 Liter Magermilch oder Buttermilch frei Wohnung des Verbrauchers darf in den städtischen Kommunalverbänden 36 Pf., in den ländlichen Kommunalverbänden 31 Pf. und in den zu einem ländlichen Kommunalverband gehörenden Bedarfsgemeinden 32 Pf. betragen.

Die Erhöhung der Preise für Butter, Butterschmalz und Rahm erfolgt durch im Staatsanzeiger erscheinende Bekanntmachungen.

Wegen Erhöhung der Preise für Käse wird Verfüg. folgen.

Die Bezirksämter und Kommunalverbände sind dafür verantwortlich, daß die neuen Preise eingehalten werden. Soweit bisher höhere Preise vorschriftswidrig bezahlt wurden, sind sie sofort auf die neuen Höchstpreise zu ermäßigen. Gegen Überschreitung der neuen Höchstpreise durch Gemeinden und Kuhhalter muß unnachsichtl. m. a. Mitt. eingeschritten werden.

Erzeugergrenzpreise

für 1 Liter Handelsvollmilch.

Kommunalverband	Vollmilch Pf.	Kommunalverband	Vollmilch Pf.
Achern	52	Mosbach	51
Adelsheim	51	Müllheim	52
Baden	52	Neustadt	51
Bonndorf	50	Oberkirch	52
Boxberg	51	Offenburg	52
Breisach	52	Pforzheim	52
Bretten	52	Pfullendorf	50
Bruchsal	52	Rastatt	52
Buchen	51	Säckingen	51
Bühl	52	St. Blasien	50
Donaueschingen	51	Schönau	51
Durlach	52	Schopfheim	51
Eberbach	51	Schwetzingen	53
Emmendingen	52	Sinsheim	52
Engen	50	Staufen	52
Eppingen	52	Stockach	50
Ettenheim	52	Tauberbischofsheim	51
Ettlingen	52	Triberg	51
Freiburg	52	Überlingen	50
Heidelberg	53	Villingen	51
Karlsruhe	53	Waldkirch	51
Kehl	52	Waldshut	50
Konstanz	50	Weinheim	53
Lahr	52	Wertheim	51
Lörrach	51	Wiesloch	52
Mannheim	53	Wolfach	51
Meßkirch	50		

Höchster Verbraucherpreis

für 1 Liter Handelsvollmilch frei Wohnung des Verbrauchers in den städtischen Kommunalverbänden.

Baden-Stadt	68 Pf.	Lörrach-Stadt	65 Pf.
Bruchsal-Stadt	68 „	Mannheim-Stadt	68 „
Durlach-Stadt	68 „	Offenburg-Stadt	67 „
Freiburg-Stadt	68 „	Pforzheim-Stadt	68 „
Heidelberg-Stadt	68 „	Rastatt-Stadt	67 „
Karlsruhe-Stadt	68 „	Villingen-Stadt	65 „
Konstanz-Stadt	65 „	Weinheim-Stadt	67 „
Lahr-Stadt	67 „		

Die Wohnungsfrage und der Vollzug von Räumungsurteilen.

** Bei der herrschenden Wohnungsnot ist es geboten, die Räumung von Wohnungen im Wege der Zwangsvollstreckung, falls mit einer Obdachlosigkeit der aus dem Besitze zu setzenden Personen zu rechnen ist, nicht zu vollziehen, bevor der Ortspolizeibehörde Gelegenheit gegeben worden ist, für die Unterbringung dieser Personen zu sorgen.

In Ergänzung einer früheren Vorschrift hat deshalb das Justizministerium bis auf weiteres angeordnet, daß der Gerichtsvollzieher vor der Räumung von Wohnungen in allen Fällen, in denen es zweifelhaft ist, ob die aus dem Besitze zu setzenden Personen sofort ein anderes Unterkommen finden können, wegen der Unterbringung dieser Personen — vorbehaltlich entgegenstehender Weisung des Vollstreckungsgerichts — die Mitwirkung des Bürgermeisteramts oder Wohnungsamtes zu erbitten hat.

Gründung der badischen Siedlungs- und Landbank.

** Auf Einladung des Arbeitsministeriums, dem die Bearbeitung der ländlichen Siedlungsfragen unterstehen, fand am 12. Juni die Gründung der Siedlungs- und Landbank statt. Die Gesellschaft will zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung, zur Neuschaffung ländlicher, halbländlicher und städtischer Siedlungen und zur Erweiterung bestehender Siedlungen Gelände beschaffen und unter Ausschluß der Spekulation der möglichst wirtschaftlichen Ausnutzung zuführen, ferner Gebäude errichten, die zur Siedlung erforderlich werden und die Schuldverhältnisse der Ansiedler, namentlich die hypothekarischen, der Siedlungsgrundstücke regeln. Bei den Siedlungen sollen Kriegsteilnehmer in erster Linie berücksichtigt werden. Vorbehaltlich der Zustimmung des badischen Landtages wird im Aufsichtsrat der badische Staat als der Hauptgeldgeber durch 3 Mitglieder die Badische Landwirtschaftskammer 2 Mitglieder und die Kreise, Gemeinden, landwirtschaftliche Organisationen durch je 1 Mitglied vertreten sein. Hierzu soll ein Vertrauensmann der Siedler kommen. Als Gesellschaftskapital ist der stattliche Betrag von 3 426 000 M. aufgebracht.

Bei der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Gesellschaft vor allen Dingen auf die Förderung der ländlichen Siedlungen hinarbeiten soll, daß jedoch daneben auch die städtischen und halbländlichen Siedlungen berücksichtigt werden sollen; ein Zusammenarbeiten mit dem Badischen Baubund ist anzustreben.

Vom Tage.

(Das bisherige Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitags. Regierung und Radikale in den badischen Kammern.)

Der sozialdemokratische Parteitag hat bisher einen Verlauf genommen, den im Interesse unseres gesamten Vaterlandes auch die Parteien mit Genugtuung begrüßen werden, die nicht auf sozialdemokratischem Boden stehen, denen aber genau so, wie der Sozialdemokratie, das Wohl Deutschlands am Herzen liegt. Wir haben im Reiche eine Koalitionsregierung, in der die Sozialdemokratie den überwiegenden Einfluß besitzt. Diese Koalitionsregierung kann ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn die Parteien, aus deren Vertretern sie sich zusammensetzt, einmütig und geschlossen hinter ihr stehen. Würde sich herausstellen, daß in einer der drei Parteien, und zwar womöglich gar in der führenden Partei, eine starke Opposition gegenüber der Reichsregierung besteht, so würde damit die Geschäftsführung der Gesamtregierung ganz erheblich erschwert werden. Daß innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie in der letzten Zeit zum Teil recht heftige Kritik an der Reichsregierung geübt wurde, war bekannt. Der sozialdemokratische Parteitag war dazu bestimmt, die Situation zu klären und eine Aussprache zwischen den der Reichsregierung angehörenden Vertretern der Partei und den der Parteigenossen herbeizuführen. Auf dem Parteitag hat diese Aussprache stattgefunden, und sie hat mit einem beinahe einstimmig angenommenen Vertrauensvotum für den Parteivorstand und für die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung. Und dieses Vertrauensvotum ist es, dessen wir uns im Interesse der Gesamtpolitik des Reiches zu freuen haben.

Die Resolution, die das Vertrauen des Parteitages ausspricht, geht von der Tatsache aus, daß unter der jetzigen Reichsregierung manches geschehen sei, was berechtigten Unmut erregt habe. Umso wichtiger ist aber die von derselben Resolution betonte Feststellung, daß diese Fehlgriffe und Unterlassungen nicht entsprungen seien dem Mangel an Einsicht, an Tatkraft, oder an gutem Willen, sondern daß sie die Folge schwieriger Verhältnisse gewesen seien, die man bisher nicht habe beheben können. Des weiteren erkennt die Resolution das hohe Maß von Selbstverleugnung an, das die in der Regierung sitzenden Parteigenossen durch Übernahme der Regierung bewiesen haben, und dankt ihnen für die Hingabe, mit der sie auf ihrem Posten ausgeharrt haben, obwohl sie selbst durch den Erfolg ihrer Arbeit nicht befriedigt sein konnten. Die Resolution bekundet zum Schluß, daß die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes hinter der Regierung stehen werde, „wenn sie ohne Zaudern und Schwanken die Verwaltung aller Zweige allenthalben demokratisiert, das Verhältnis von Schule und Kirche zum Staate im Sinne unseres Programmes ordnet, im Militärwesen die erforderlichen Reformen durchführt und im Wirtschaftsleben die grundlegenden Änderungen trifft, die den Forderungen und Möglichkeiten der Zeit entsprechen."

Wir glauben, daß das günstige Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitages sehr wesentlich bedingt worden ist durch das außerordentlich wirkungsvolle und geschickte Auftreten Noskes und Scheidemanns. Hat Noske vor allem die Gelegenheit benutzt, um mit seinen Widersachern abzurechnen, so hat Scheidemann in seiner Rede, die sich über die gesamte innere und äußere Politik verbreitete, eine Reihe von positiven Bemerkungen gemacht, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Sehr richtig war z. B. sein Hinweis darauf, daß unser Volk seine Vorstellungen über Regierung und Ministerstürzerei zu revidieren habe. Der Begriff „Ministerstürzerei" komme von einer Vorstellungswelt, die in Wirklichkeit gar nicht mehr besteht. „Ich möchte, so meinte Scheidemann, den Minister sehen, der heute nicht bereit wäre, jederzeit mit einem Seufzer der Erleichterung seine sieben Sachen zu packen. Darum empfinde ich es geradezu als lächerlich, wenn man den Kampf gegen die Regierungspolitik mit einer Stimmung persönlicher Erbitterung führt." Im Zusammenhang damit hat dann Scheidemann die Haltung der sozialdemokratischen Partei seit dem 9. November überzeugend begründet als eine Politik, die es sich zum Ziele gesetzt hatte, der Demokratie zum Siege zu verhelfen. Scheide-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

mann sagte: „Ganz falsch ist auch die Vorstellung, wir Sozialdemokraten hätten uns mit Gewalt an die Macht gedrängt. So dumm sind wir nicht gewesen. Noch am Abend des 9. November setzten wir die Demokratie in ihr volles Recht ein und kündigten die Einberufung der Nationalversammlung an. Wir müssen es entschieden ablehnen, daß jeder Phantast heute erklärt, er tue dasselbe, was Ebert und ich am 9. November getan haben. Wir haben die Macht damals nur genommen, um sie der Demokratie zu übergeben. Die heutigen Putschisten aber wollen der Demokratie die Macht entreißen, um sie selbstherrlich auszuüben. Ich kann es daher nicht verstehen, daß jemand, der an den Grundsätzen der politischen Gleichberechtigung rüttelt, sich noch Sozialdemokrat nennen will. Derjenige ist kein Sozialdemokrat, der an die Stelle der allgemeinen Volksherrschaft eine politische Räteherrschaft setzen will." Des weiteren hat Scheidemann von neuem die Notwendigkeit betont, die teuer erkaufte Demokratie zu verteidigen, nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts. Der Ministerpräsident hat absichtlich das Wort „Verteidigung" stark unterstrichen, und er hat erklärt, daß die Reichsregierung den Tag herbeisehne, der sie der peinlichen Pflicht enthebe, Zwangsmaßnahmen (so z. B. auch den Belagerungszustand) anzuwenden. Was die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und seinen Feinden betrifft, so hat Scheidemann richtig betont, der tiefste Sinn dieser Auseinandersetzung sei der, daß der siegreiche Kapitalismus der Entente Deutschland seine Wirtschaftsformen aufzwingen wolle, und daß der Kampf heute nicht mehr gegen das deutsche Kaisertum gerichtet sei, sondern gegen den deutschen Sozialismus. Wer die Rede Scheidemanns in ihrer genauen Wiedergabe überliest, wird es begreifen können, daß der Parteitag sie mit stürmischem Beifall aufnahm.

Genau so, wie Scheidemann auf dem sozialdemokratischen Parteitag, haben auch die beiden sozialdemokratischen Minister, die dieser Tage im badischen Landtag das Wort ergriffen, die Tatsache mit allem Nachdruck unterstrichen, daß die Regierung keineswegs die Absicht hat, irgend eine Partei ohne Not anzugreifen. Leider ist aber die taktische Methode der Unabhängigen und die ganze Art und Weise der reaktionären Preßpolemik in letzter Zeit derartig gewesen, daß die Regierung sich hat zur Wehr setzen müssen. Die badische Regierung wünscht keinen Terror [illegible] links, sie wünscht aber auch keinen [illegible]or von rechts. Gerade der Minister des [illegible]n, Adam Remmele, war es, der noch in der [illegible]oche in der „Karlsruher Zeitung" die Terror[illegible] Unabhängigen auf das Schärfste verurteilte. [illegible] hat sich auch der Arbeitsminister [illegible] am Mittwoch die Zentrums[illegible] [illegible]echt der Arbeiter, die [illegible]t geäußert, als [illegible] Brown. [illegible]ellation über das Koalitions[illegible] die bekannten Vorgänge bei der [illegible] [illegible]eri & Co. Bezug nahm, erörtert wurde.

Setzte sich die badische Regierung am Mittwoch mit der radikalen Linken auseinander, so hatte sie sich am Freitag mit zwei Interpellationen der Deutsch-Nationalen zu beschäftigen. Der Minister des Innern hat die beiden Interpellationen in sehr wirkungsvoller Weise beantwortet und mit dieser seiner Antwort die volle Zustimmung der drei großen Parteien des Hauses gefunden. Die Anfrage eines Heidelberger Blattes, was die Regierung zu tun gedenke, wenn infolge der Putsche einmal die Situation gefährlich werde, hat der Minister verständigerweise nicht beantwortet, sondern erklärt, daß die Regierung sich hüten werde, eines Parteikrakehls wegen der Linken ihre Karten aufzudecken. Im gleichen Zusammenhang aber hat Minister Remmele betont, daß das Heidelberger Blatt ganz beruhigt sein könne, da die Regierung entschlossen sei, fest zuzugreifen, wenn alle diplomatischen Mittel sich vergeblich erweisen sollten. Im übrigen beharrt die Regierung naturgemäß auf ihrem Standpunkt, daß von den Freiwilligenverbänden Elemente fernzuhalten seien, die auf den Sturz der bestehenden Ordnung, auf den Sturz der jetzigen Regierung hinarbeiten. Soll die Einheit der Freiwilligenbataillone aufrechterhalten werden, so sind eben solche Leute zu entfernen, die ihre Zugehörigkeit zu den Verbänden dazu benutzen, um für das alte System zu agitieren. Von neuem hat Minister Remmele in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, wie sehr doch die Bestrebungen von links, die Ordnung unmöglich zu machen, von rechts unterstützt werden. Das geschieht nicht absichtlich, sondern ergibt sich aus der ganzen Art und Weise der reaktionären Polemik ganz von selbst. Die Regierung sieht nur die eine große Aufgabe vor sich: die Ordnung im Lande zu wahren. Und sie wird sich freuen, wenn ihr bei diesem Streben die Mitarbeit möglichst aller Parteien zuteil wird. Sie hat aber gerade in Anbetracht dieser ihrer Aufgabe die Pflicht, einzugreifen und sich zur Wehr zu setzen, wenn die Ordnung in flagranter Weise gestört wird, oder wenn die Kritik an der Regierung das Maß des Erlaubten überschreitet. A.

Der militärische Zusammenbruch

II.

Unsere Armee war nach dem sogenannten Schlieffenschen Plan im August 1914 in breiter Front durch Belgien hindurch in Nordfrankreich eingefallen. Bald rächte es sich, daß der von Kluck geführte Umgehungsflügel zu schwach war, daß die von Schlieffen als notwendig bezeichnete Reserve-Armee hinter dem rechten Flügel fehlte. Nachgeordnete Geister haben dafür in sogenannten Schützengräbenbüchern, die eines der Mittel zur moralischen Stärkung der Front sein sollten, den alten Reichstag verantwortlich gemacht. Oberst Bauer ist etwas vorsichtiger, er behauptet nur, der damalige Kriegsminister (von Heeringen) habe aus Furcht vor dem Reichstage zu wenig angefordert: Ludendorff habe als der Vater dieser Heeresvorlage erheblich mehr Truppen (etwa 3 Armeekorps) verlangt. Wer sich der Beratung dieser Heeresvorlage noch erinnert, weiß, daß es sich dabei in erster Linie um Verteidigungsmaßnahmen gegenüber den russischen Rüstungen handelte und der Westen dabei eine weniger ausschlaggebende Rolle spielte, er erinnert sich aber weiter, daß der Reichstag damals bereitwilligst alles gegeben hat, was bei ihm beantragt war, selbst die umstrittenen Kavalleriedivisionen wurden genehmigt. Die von der Linken dagegen erhobenen Bedenken haben sich während des Krieges als richtig herausgestellt und selbst Ludendorff hat den Wert der Kavallerie allmählich sehr gering veranschlagt, für den Gang der März-Offensive nach Ansicht mancher Militärs vielleicht zu gering. Also den Reichstag trifft keine Schuld und jeder objektiv Denkende muß zugeben, daß eine Mehrbewilligung auf unserer Seite zu einem sofortigen Ausgleich auf der Gegenseite geführt haben würde. Es konnte sich also nur darum handeln, ob die vorhandene Truppenmacht richtig ausgenutzt wurde. Und da muß Oberst Bauer selbst bekennen, daß weniger der Mangel der erwähnten drei Armeekorps als die falsche Verteilung der Truppenverbände zu dem Verlust der Marneschlacht, der schwersten Tragödie dieses Krieges geführt hat. Er schreibt nämlich:

Nun, diese Armeekorps waren nicht da, aber sie hätten durch die Maßnahme ersetzt werden können, daß man den linken Heeresflügel straff defensiv hielt und die dadurch entbehrlichen Truppen auf den rechten Flügel schob. Statt dessen verblutete sich die 6. Armee in fruchtlosen Kämpfen, nicht offensiv und nicht defensiv, an der Mosel, südlich Toul, während der Franzose seine Kräfte von dort weg auf Paris verschob. Dazu kam, daß auch noch zwei deutsche Korps nach dem Falle von Namur nach dem Osten abtransportiert wurden. Sie fehlten im Westen erheblich, im Osten wären sie wohl entbehrlich gewesen, nachdem Hindenburgs und Ludendorffs Sieg bei Tannenberg die russische Gefahr zunächst gebannt hatte.

Also schwere Fehler der militärischen Führung waren es, die die erste Phase des Weltkrieges in dem Augenblick, als der Sieg nahe war, zu unseren Ungunsten entschieden, Fehler, die sich zum Teil aus der Selbstherrlichkeit fürstlicher Armeeführer erklären, die mehr an ihren eignen Ruhm dachten als daran, den Befehlen der alles überschauenden Zentralleitung unbedingt Folge zu leisten. Vielleicht war nach diesem Scheitern unserer großen Offensive, die in wenigen Wochen die Niederwerfung Frankreichs bringen sollte, der Krieg überhaupt nicht mehr zu gewinnen. Vielleicht konnte uns nur noch ein rascher Abbruch vor der Niederlage bewahren. An Einsichtigen, die diese Ansicht vertraten, hat es nicht gefehlt, und nach den Aufzeichnungen seines Adjutanten, des Rittmeister Rechberg hat der greise Generalfeldmarschall v. Haeseler am 29. September 1914 die denkwürdigen und leider wahr gewordenen Worte gesprochen:

Ich glaube nicht, daß wir in absehbarer Zeit an der Westfront noch weitere entscheidende Erfolge erringen werden, nachdem mit dem Stellungskrieg nunmehr als gegebener Tatsache gerechnet werden muß. Aber auch im Osten nach Rußland werden wir selbst bei großen Erfolgen ins Leere stoßen. Es scheint mir daher, daß der Augenblick gekommen ist, in dem versucht werden muß, den Krieg zu beendigen.

Als dieses Wort gesprochen wurde, war die Heimat noch völlig ungebrochen, sie wußte noch gar nichts von der verhängnisvollen Wendung. Denn unsere amtliche [illegible] Berichterstattung [illegible] sie leider, wie so oft noch später, den wahren Sachverhalt niemals wissenlassen. Die Heimat trägt auch nicht die Schuld daran, daß sich unsere verantwortlichen Militärs über den Munitionsbedarf eines modernen Krieges so gründlich täuschten, daß viele Monate hindurch an allen Fronten und bei allen Truppengattungen, namentlich aber bei der Artillerie der empfindlichste und hemmendste Mangel folgte. Über die Ära Falkenhayn geht der Lobredner der Ludendorfffchen rasch hinweg, und die Kritik, die er an seinen Maßnahmen, an der Verdun-Offensive, an dem Vormarsch nach Rußland, an dem serbischen Feldzug, an dem starren Festhalten der veralteten und Menschen fressenden Kampfmethode im Westen übt, ist zurückhaltend. Man mag über die strategische Begabung Falkenhayns abfällig urteilen, das eine hatte dieser zweite Generalstabs-Chef richtig erkannt: Deutschland darf keine neuen Feinde mehr auf sich ziehen, es hat mit den vorhandenen schwer genug zu kämpfen. Aus diesen Erwägungen heraus hat Falkenhayn auch niemals zu dem rücksichtslosen Unterseebootkrieg seine Zustimmung gegeben, weil er sicher voraussah, daß Amerika, und vielleicht auch noch andere Neutrale darin den Kriegsfall erblicken würden. Hindenburg und Ludendorff waren anderer Auffassung. Nachdem sie unsere militärischen Machtmittel aufs höchste angespannt, nachdem sie mit dem Hilfsdienstgesetz und dem sogenannten Hindenburg-Programm die Maschine der Heimat unter einen nicht lange zu ertragenden Überdruck gesetzt hatten, entschieden sie sich für den rücksichtslosen Unterseebootkrieg, der uns Amerika als Feind brachte und uns bei den Neutralen den letzten Rest von Sympathie raubte. Sie drückten ihn durch mit dem vollen Bewußtsein, daß Präsident Wilson uns daraufhin den Krieg erklären würde, weil sie die Vorteile für erheblich höher einstellten, als die aus Amerikas Kriegsteilnahme entstehenden Nachteile. Sie drückten ihn durch gegen alle politischen Ratgeber, vornehmlich gegen Bethmann Hollweg, der sich bis zuletzt dagegen gesträubt hat und über dessen Kopf hinweg die Entscheidung gefällt wurde lediglich auf Grund der phantastischen Gutachten gewissenloser Rechner im Admiralstab. Die Enttäuschung mag sie selbst am meisten getroffen haben, denn nichts von den Versprechungen über die Aushungerung Englands, über das Abschneiden der Munitionszufuhr und über die Verhinderung amerikanischer Landungen ist in Erfüllung gegangen. Uns klingt noch heute ein Wort eines zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung angestellten Kapitäns grell in den Ohren: „Wenn die Amerikaner 50 000 Mann herüberbringen, dann können sie froh sein."

Mit dieser Leichtfertigkeit ist man zuwege gegangen, und dann wundert man sich, wenn die Stimmung in der Bevölkerung allmählich, als sie das angerichtete Unglück erkennen mußte, umschlug, wenn sie den schön gefärbten Berichten über die versenkte Tonnenzahl nicht mehr glaubte und bei den Erzählungen der aus der Front heimkehrenden Urlaubern erstaunt aufhorchte, wenn sie namentlich nach der Flandernschlacht berichteten, wie der Materialaufwand trotz der vielgerühmten Erfolge des Unterseebootkrieges immer größer werde, daß die Feinde gut gekleidet und mit reichlichen Lebensmitteln versorgt seien, und daß die Amerikaner anfingen, zur Entlastung der französischen Heimatfront Arbeitstruppen heranzubringen, damit kampffähige Franzosen aus den Häfen, aus der Etappe und aus der Industrie für die Front frei würden.

Oberst Bauer gibt der Enttäuschung über die Wirkung des rücksichtslosen Unterseebootkrieges deutlich Ausdruck und richtet damit die für seine Führung verantwortliche Oberste Heeresleitung für alle Zeiten: „Man gab sich dabei übertriebenen Hoffnungen hin und stellte dem Volke Erfolge in Aussicht, die nicht in Erfüllung gehen konnten." „In fünf Monaten sollte England Hunger leiden", „Amerika sollte keine Truppen herübersenden, jedenfalls sie nicht erhalten können" usw. Das war ein gefährliches und leichtfertiges Spiel". Er spricht von apodiktischen Urteilen unserer Festredner und meint damit wohl seinen Freund Stresemann. Er bezeichnet es als sicher, daß der Unterseebootkrieg politisch höchst ungünstig gewirkt hat. Er habe uns den Haß der ganzen Welt zugezogen. Als man sich im Großen Hauptquartier über das völlige Fiasko klar wurde, war es zu spät. Die amerikanische Truppenlandung war im vollen Gange und bei dem Entschluß zu der März-Offensive mag dieses Moment ausschlaggebend mitgewirkt haben, weil sich das Zahlenverhältnis an der Westfront immer mehr zu unseren Ungunsten verschob. Am 21. März 1918 begann die letzte Phase dieses Weltkrieges, in der Glück und Ende eng beieinander wohnten. Die Überraschung gelang zunächst, aber das strategische Ziel, der Durchbruch, wurde nicht erreicht, und während man in der Heimat die Hoffnung des ununterrichteten Volkes erneut aufs höchste peitschte, mußte man sich im Großen Hauptquartier bereits den Fehlschlag eingestehen.

Zwar blieb die nördlichste der drei beteiligten Armeen hängen... 20 Kilometer von Amiens stockte die Bewegung, weil die Kräfte erlahmten, der Nachschub ausging und der Feind Zeit gefunden hatte, sich zu setzen und zu verstärken.

Hätten in den Köpfen unserer verantwortlichen Militärs nicht napoleonische Ideen gespuckt, wäre man nicht zu derselben Zeit, wo man im Westen alles auf eine Karte setzte, phantastischen Plänen im Osten nachgejagt, vielleicht wären die Kräfte nicht erlahmt. Wollte man im Westen die letzte Entscheidung militärisch suchen, dann mußte man den letzten Mann aus dem Osten zurückziehen, dann durfte man nicht vorzügliche Kerntruppen in Finnland für eine zu errichtende Hohenzollern-Dynastie kämpfen lassen und dann durfte man nicht in abenteuerlichen Operationen am Schwarzen Meer und am Kaukasus im Westen unentbehrliche Kampftruppen verzetteln. Das völlige Fehlschlagen des Versuches, durch einen starken Vorstoß beiderseits von Arras, die stecken gebliebene Offensive wieder in Fluß zu bringen, verschweigt Oberst Bauer ebenso, wie seinerzeit der deutsche Heeresbericht. Doch war es ein nicht zu überhörendes Warnungszeichen. Dasselbe gilt von dem Scheitern des großen Angriffes in der Lysebene am 9. April, der uns zwar den Kemmel in Besitz brachte, aber das strategische Ziel in keiner Weise erreichte und einem bayerischen Prinzen seine Führerstelle kostete. Auch der weitere Offensivstoß an der Aisne mißlang trotz erheblichen Geländegewinns und trotz glänzender Leistungen unserer Truppen. Der Eisenbahnknotenpunkt Reims war nicht gefallen und das Bahnsystem am Marnebogen sehr ungünstig für uns." Hohe Militärs haben damals den Abbruch der Operationen und das Zurückgehen in die Ausgangsstellung verlangt. Aber Ludendorff und seine Ratgeber begingen denselben Fehler, den sie Falkenhayn bei der Verdun-Offensive zum Vorwurf gemacht haben, daß sie, um den Fehlschlag vor der Heimat nicht einzugestehen, die ermüdeten Truppen weiter vortrieben. Und dabei wußte die Heimat längst durch die Urlauber, wie es an der Front aussah und daß der Sieg nicht zu erringen war. Kühlmann gab die Stimmung der Heimat richtig wieder, als er davon sprach, daß mit rein militärischen Entscheidungen der Krieg nicht zu beenden sei. Er wurde durch die Militärklique gestürzt genau so wie früher Bethmann und Valentini und das Heer wurde zur dritten Offensive beiderseits von Reims angesetzt. In welcher Verfassung sich unsere Truppen damals befanden, kann jeder bei Oberst Bauer nachlesen:

Das Heer war ganz arg übermüdet, die unteren Führer (Hauptleute, Leutnants und Unteroffiziere) zum größten Teil gefallen oder verwundet, desgleichen ein großer Teil der besten Mannschaften. Der Offiziers- und Unteroffiziersmangel war sehr nachteilig. Dazu stockte der Mannschaftsersatz und die neu eingestellten Truppen waren sozialistisch und bolschewistisch verseucht und am Feind nicht zu brauchen. . . . Demgegenüber verstärkte sich der Feind zusehends durch amerikanischen Zuzug, der zwar nichts weniger als gut ausgebildet war, aber tapfer und mit Passion kämpfte.

Der Angriff scheiterte. „Es war der erste große Mißerfolg und der tatsächliche Wendepunkt der Kriegslage." Damit dementiert der Verteidiger den Verteidigten. Denn Ludendorff hat nach seiner Rückkehr nach Deutschland in seinem ersten Interview als den Anfang des deutschen Zusammenbruchs den 8. August 1918 bezeichnet, „an dem ein paar deutsche Divisionen gegenüber dem englisch-französischen Angriff östlich Amiens versagten." Am 15. Juli erlitt beiderseits von Reims die deutsche militärische Führung die schwerste Niederlage, weil die Aufklärung und der Nachrichtendienst völlig versagt hatten und unmittelbar daran (19. Juli) reihte sich die zweite vor den Wäldern von Villers-Cotterets, wo General Foch seine großen Reserven zum Gegenstoß gesammelt hatte, dieselben Reserven, die nach den in der Heimat ausgestreuten militärischen Lügennachrichten durch unsere ersten beiden Offensiven längst aufgebraucht sein sollten.

„Das Schlimmste aber war," so sagt Bauer, daß nun Soissons unmittelbar bedroht war. Die Bahnlinie im Marnebogen war nach dem Fall von Soissons (da Reims nicht in unserer Hand war) unhaltbar geworden, und so blieb uns nur die Räumung übrig. Zum Unglück folgte auch noch am 8. August der große französisch-englische Einbruch bei der zweiten Armee, bei dem die Tanks (für ausreichende Abwehrmittel hatte der zuständige, aber zu sehr mit politischer Brunnenvergiftung beschäftigte Oberst Bauer nicht rechtzeitig gesorgt) eine große Rolle spielten."

Kann man klarer und unnmwundener den militärischen Zusammenbruch der großen Angriffsunternehmung im Westen zugeben! Oberst Bauer hat es selbst bezeugt, daß unsere Truppen ermüdet, die besten Kräfte des Heeres in den blutigen Angriffsschlachten aufgebraucht waren und der Mannschaftsersatz stockte. Dieses geschwächte Heer war nun durch Monate hindurch dem dauernden Angriff der Feinde ausgesetzt, an die die Initiative übergegangen war. Wer kann sich wundern, daß darunter die Moral litt. Man hatte durch die ungeschickten Aufklärungsoffiziere, die die Seele ihrer Mannschaften nur selten verstanden, den großen Sieg prophezeit, der den Krieg rasch beenden werde, und nun waren alle Versprechungen zu schanden geworden an der Unterschätzung der amerikanischen Truppen, an der falschen Berechnung der feindlichen Reserven und an der dem großen Hasardspiel nicht gewachsenen Führung. Vor Reims und vor den Wäldern vor Villers-Cotterets ist die letzte Hoffnung der deutschen Armee auf Ludendorffs Sieg und Ludendorffs Frieden zusammengebrochen, und der noch vorhandene Mannesmut wurde zermürbt in den folgenden blutigen Rückzugsschlachten, bei denen die Divisionen zur Schlacke ausbrannten und die letzten Reserven verbraucht wurden. Wer in die Seele unserer Feldgrauen von jenen Wochen blicken will, der lese die kleine Schrift von Karl Vetter „Ludendorff ist schuld" (Verlag von Koch u. Jürgens, Berlin, Burgstr. 29).

Und nun die Heimat, auf die Oberst Bauer alle Schuld abwälzt, weil sie die Moral der Truppen untergraben und der Front nicht genügend Ersatz zugeführt habe. Niemand kann, nachdem sich einzelne Führer der Unabhängigen dessen selbst triumphierend gerühmt haben, bestreiten, daß Bestrebungen im Gange gewesen sind, die Disziplin unserer Frontverbände systematisch zu erschüttern. Das waren einzelne mit russischem Gelde genährte Seuchenherde, an denen die Heimat als ganzes unbeteiligt blieb. So lange die Soldaten an ihre Führung

und an den versprochenen baldigen Sieg glauben konnten, hatte alles das keinen Erfolg. Erst als sich das Heer um die mit allen Aufklärungsmitteln genährte Siegeshoffnung betrogen sah, als keine Propaganda mehr vor den sehenden Augen die erlittenen schweren Niederlagen auswischen konnte, da schwand die Moral und lockerte sich die Disziplin. In der Heimat rächten sich die Sünden der Vergangenheit. Mit einem geradezu verhängnisvollen Optimismus war sie viele Jahre hindurch bearbeitet worden. Jeder Fehlschlag wurde vertuscht oder gar in einen Erfolg umgefälscht. Von Vierteljahr zu Vierteljahr wurde der endliche volle Sieg versprochen, der materiellen Wohlstand sichern und die Grenzen des Reiches erweitern werde. Der rücksichtslose Unterseebootskrieg sollte England schon im August, spätestens im Herbst 1917 auf die Knie zwingen. Die große „Kaiserschlacht" im Westen sollte Frankreich in unsere Gewalt bringen und die Engländer und Amerikaner ins Meer werfen. Als die Offensive längst gescheitert, als Niederlage an Niederlage sich reihte, zogen noch die rotgestreiften Volkstäuscher landauf, landab, um nach dem Kommando des Oberstleutnants Nicolai den unmittelbar bevorstehenden Sieg zu verkünden. Da mit einem Male kam das furchtbare Erwachen. Bulgarien fiel ab, nachdem die Hoffnung auf den reitenden Sieg geschwunden war. Ungarn und Österreich folgten nach und die Türkei brach zusammen. Wie sollte das ein Volk ertragen, dessen Gedanken während des Krieges nicht aufs Geistige eingestellt worden waren, sondern nur auf materiellen Egoismus? Durch das ganze Land ging die entsetzliche Erkenntnis: **Wir sind betrogen!** Die täglichen Heeresberichte, die mit ihren Meldungen über das „Absetzen vom Feinde" schamvoll die weiteren Niederlagen verschleierten, waren nicht geeignet, die Volksstimmung wieder zu heben. Der Glauben war an der Front und in der Heimat geschwunden. Die Halbgötter waren ihres Glanzes entkleidet. **Nach diesem moralischen Zusammenbruch, für den allein die militärische Leitung die Verantwortung trägt, war an ein Aufraffen nicht mehr zu denken.** Es fehlte auch an dem nötigen Ersatz, um die Lücken an der Front wieder zu schließen, die durch die blutigen Angriffsschlachten gerissen worden waren. Nicht erst seit dem Juli 1918, nachdem sich das Kriegsglück gewendet hatte, war der Ersatz knapp und mangelhaft geworden, sondern schon viel früher. Hat die Oberste Heeresleitung nichts davon erfahren? Sind die Berichte der Führer der Fronttruppen nicht bis zu ihren Kartentischen gelangt? Hat man **all die Warnungen aus der Front und aus dem preußischen Kriegsministerium, namentlich aber aus den süddeutschen Kriegsministerien nicht gehört?** Ist dem Herrn Obersten Bauer nicht bekannt geworden, daß unmittelbar vor Beginn der großen Märzoffensive einer der hochgestellten Armeegruppenführer mit allem Ernst auf die Schwierigkeiten des Ersatzes hinwies und die Frage aufwarf, ob sich unter diesen Umständen das Risiko der großen Angriffsschlacht überhaupt tragen ließ? Nachdem Amerika mit seinen Menschenmassen in den Krieg eingetreten war, mußte es für jeden kühl Rechnenden klar sein, daß wir in dem Wettlauf um die Zahl unterliegen müßten. Die Angriffsschlachten des Frühjahrs 1918 hatten den vier Jahre lang fließenden Quel restlos ausgeschöpft. Das deutsche Volk hatte sich zu Tode gesiegt. Es war eingetreten, was ein unverdächtiger Zeuge, ein hoher Offizier, im Militärwochenblatt als die Ursache unseres Zusammenbruches angibt: „Der Krieg ist so hoffnungslos verloren, weil die Kräfte des Vierbundes in der Jagd nach unerreichbaren militärischen und politischen Zielen bis zur völligen Erschöpfung überspannt worden sind."

* Zu unserer Auseinandersetzung mit der Südd. Zeitung

ergreift jetzt die demokratische „Lahrer Zeitung", eines der angesehensten und vornehmst redigierten Blätter des Landes, das Wort. Wir geben die Ausführungen des Blattes, die sich mit unserer Auffassung decken, im Folgenden wieder:

„Die „Süddeutsche Zeitung" wendet sich mit scharfen Worten gegen die „Karlsruher Zeitung", welche die abfälligen Bemerkungen der ersteren über die Ernennung eines Maurers zu einem preußischen Regierungspräsidenten gerügt hatte. Die Polemik schießt aber am Kern der Sache weit vorbei. Die „Karlsruher Zeitung" hat gewiß nicht daran gedacht, zu behaupten, daß jeder beliebige Maurer zum Regierungspräsidenten oder zu ähnlichen hohen Staatsämtern befähigt sei, wohl aber daß eine solche Befähigung bei einem ehemaligen Maurer nicht von vornherein verneint werden dürfe. Wohl muß, wie die „Süddeutsche Zeitung" richtig hervorhebt, ein hoher Staatsbeamter über ein bedeutendes Maß allgemeiner und Fachbildung verfügen; aber es ist ein Aberglaube, zu vermeinen, daß ein solches nur auf dem vorschriftsmäßigen Wege zu erlangen sei. Warum sollte sich ein gut veranlagter Maurer nicht durch eisernen Fleiß und Ausnutzung günstiger Gelegenheiten eine tüchtige Allgemeinbildung aneignen können? Und was Fachbildung anbelangt, so wissen genug Handwerker oder Arbeiter mit den Gesetzen und Verordnungen, die ihren Stand berühren, besser Bescheid als mancher Jurist. Schwerlich gab es in Baden einen höheren Beamten, der in der Handwerker- und sozialen Gesetzgebung besser beschlagen gewesen wäre, als der zu früh verstorbene Vorsitzende des hiesigen Handwerker- und Gewerbevereins, Herr Kupferschmiedmeister Otto Streißguth. Die gelehrte Fachbildung der Juristen in allen Ehren; aber sie hat auch ihre Schattenseiten. Gelehrsamkeit, technische und gesellschaftliche Routine sind nicht immer mit Menschenkenntnis, Takt im Verkehr mit dem Volke, Geschicklichkeit und weitem Blick verbunden. Auf diese für einen höheren Staatsbeamten unerläßliche Eigenschaften wurde früher offenbar zu wenig Gewicht gelegt; als Hauptsache galten regelmäßiger Studiengang, Examina und die herkömmliche Aneignung der Bureautechnik. Daß begabte, strebsame und gewandte Menschen sich auch durch Selbststudium und rege Teilnahme am wirtschafts- und parteipolitischen Leben in Fachvereinen, Selbstverwaltungskörpern und Parlamenten ein ganz hervorragendes Maß theoretischer und unmittelbar praktisch verwertbarer Kenntnisse verschaffen können, lehrt die Erfahrung. Solche Leute besitzen vielfach Vorzüge, die für einen höheren Staatsbeamten außerordentlich wertvoll sind, zu deren Erwerbung oder Entfaltung aber die frühere ordnungsmäßige juristische Laufbahn selten Gelegenheit gab. Die alte Bureaukratie hatte trotz ihrer vortrefflichen Seiten vielfach die Fühlung mit dem Volke verloren, wie im Kriege schmerzlich offenbar geworden ist. Was uns vor allen Dingen not tut, ist ein inniges und vertrauensvolleres Verhältnis zwischen dem Volke und den zur Regierung bestellten Personen, und die Demokratie allein würde nicht genügen, es herbeizuführen, wenn nicht zugleich mit den alten Vorurteilen und überlieferten Privilegien gründlich gebrochen würde. Keineswegs soll etwa die akademische juristische Bildung überflüssig werden und die Halbbildung triumphieren; aber vor der Frage, ob eine Person sich zu einem Amt eignet oder nicht, muß die andere Frage, wie sie zu dieser Eignung gekommen ist, ganz zurücktreten. Dann erst können alle Kräfte, die in der Nation schlummern, für die Gesamtheit nutzbar gemacht werden. In diesem Sinne befindet sich die „Karlsruher Zeitung" gegenüber der „Süddeutschen Zeitung" durchaus im Recht. Die gehässigen und ganz unberechtigten Angriffe der letzteren gegen den Chefredakteur der „Karlsruher Zeitung" sind sehr zu bedauern. Zur Gesundung unseres politischen Lebens gehört vor allen Dingen die Ausscheidung alles Persönlichen aus dem politischen Kampf, soweit dies irgend möglich ist, und gerade die Presse sollte hierin mit gutem Beispiel vorangehen."

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 13. Juni.

Der Badische Landtag führte in der Nachmittagssitzung die Besprechung der **Interpellationen** der Deutschnationalen betr. **Bürgerwehr** und **inneren Frieden** zu Ende.

Minister **Remmele** erwiderte auf die verschiedenen Reden. Für die Klärung im Lande und im Landtag habe die Debatte gut gewirkt. Die Mehrheitssozialisten müßten mehr Farbe bekennen gegenüber den Dingen, die sich jetzt abspielen. Den Kommunisten gegenüber muß einmal ein Strich gezogen werden. (Dr. **Schofer**: Das haben wir immer gesagt!). Bei den Vertretern der großen Fraktionen, die die Regierung bilden, haben wir volles Verständnis gefunden. Ohne Not werden wir die Parteien nicht angreifen. Nach kurzen weiteren Bemerkungen ist die Besprechung der Interpellationen erledigt. Abg. **Straub** (Zentr.) begründet **die Interpellation** seiner Partei über die **persönliche Freiheit und die Preßfreiheit**, die sich an die Vorgänge in Villingen knüpft. Minister **Remmele** legt die Vorgänge dar und erklärt, die Regierung habe sich bemüht, die Ausführung des Beschlusses der Demonstranten, daß Redakteur Fehrecke innerhalb 24 Stunden die Stadt verlassen müsse, aufzuhalten; aber vergebens. Das Bezirksamt wurde angewiesen, bei Wiederholung der Vorgänge einzuschreiten und der Gesetzlichkeit Resonanz zu verschaffen. Später schlief die Sache von selbst ein und Fehrecke kam wieder in seinen Dienst. Die strafrechtliche Verfolgung war vor Annahme der Verfassung sehr schwer, wir sind aber in der Zukunft bereit, mit aller Schärfe solchen Vorgängen entgegen zu treten. Wir bedauern den Vorfall und daß es uns nicht möglich war, mehr zu tun. In der Besprechung wurden die Vorgänge allgemein bedauert und mißbilligt und zwar im Prinzip auch von sozialdemokratischer Seite. In seinem Schlußwort betonte Abg. **Straub** (Zentr.), daß seine Partei sich von der Regierungserklärung angenehm berührt fühle. Der Kommissionsantrag auf empfehlende Oberweisung der Petition des Vereins badischer Redakteure betr. den Schutz der Pressefreiheit wird angenommen. Nächste Sitzung am 24. Juni, Interpellation betr. die Sozialisierung.

* Badische Wochenrückblicke.

(Die Demonstrationen am Freitag. — Landwirtschaftliche Sozialisierungsmaßnahmen. — Sperrung des Fremdenverkehrs. — Falsche städtische Anlagenpflege.)

Auch in Baden hielten es radikale Elemente für angebracht, einen Proteststreik gegen die Hinrichtung Levinés zu proklamieren und gleichzeitig zu öffentlichen Demonstrationen aus dem gleichen Anlaß aufzurufen. Der Verlauf des Demonstrationstages bildete einen neuen Beweis dafür, daß Unabhängige, Spartakisten und Kommunisten auch in den Großstädten unseres Landes nur eine kleine Minderheit bilden. Selbst in Mannheim stimmte die Mehrheit der Arbeiterschaft gegen den Generalstreik, der somit ins Wasser fiel. Auch in Karlsruhe wurde der Parole der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, sich der Teilnahme an den Kundgebungen zu enthalten, von der weitaus überwiegenden Masse der Arbeiterschaft stramm Folge geleistet. Nur in zwei Betrieben, in denen die dem Streik durchaus abgeneigte Mehrheit überrumpelt wurde, gelang es den Radikalen, die Stillegung über die Köpfe der Arbeiterorganisationen hinweg zu diktieren. Die Demonstrationen nahmen einen wenig eindrucksvollen Verlauf, trotz der aufreizenden Reden, die dabei gehalten wurden und die einige jugendliche Hitzköpfe zu einem kühnen Sturmangriff auf ein bei der allgemeinen Entfernung der alten Hoheitszeichen zufällig vergessenes Großherzogswappen am Eingang des Ministeriums des Innern entflammt hatten. Wie wenig Begeisterung im übrigen unter der Menge der Demonstranten herrschte, ging u. a. aus der Tatsache hervor, daß der zum Schlusse von den Leitern der Veranstaltung ausgesprochenen Aufforderung, nach dem Engländerplatz zu ziehen, überhaupt keine Folge geleistet wurde. In Freiburg, wo die Gewerkschaften den Generalstreik ebenfalls einmütig abgelehnt hatten, kam die geplante Kundgebung überhaupt nicht zustande.

*

Der badische Landtag einigte sich gestern in einer Geschäftsordnungsdebatte dahin, in seiner nächsten Sitzung am 24. Juni die Interpellation über die Sozialisierung in Baden zu erledigen. Es ist anzunehmen, daß sich das Haus bei dieser Gelegenheit in ausgiebiger Weise mit dem hochwichtigen Problem der Sozialisierung befassen wird und daß dann auch die Sozialisierungskommission gebildet werden wird, von der in jüngster Zeit bereits die Rede war.

Welcher Art deren nächste Aufgaben sein werden, hat vor kurzem Arbeitsminister Rückert in einer beachtenswerten Rede in Mannheim dargelegt. Zunächst wird es sich um die Kultivierung von Moor- und Ödländereien handeln, sodann um die Sozialisierung über 20 Hektar umfassender Grundstücke, die nicht rationell bewirtschaftet werden. Dabei ist in Aussicht genommen, daß die betr. Grundstücke zwar Eigentum des Staates, der Stadt oder Siedelungsgesellschaften werden, aber auf längere Zeit hinaus an kleine Landwirte verpachtet bezw. in Erbpacht gegeben werden, eine Maßnahme, der wir in diesem Falle noch höhere Bedeutung beimessen möchten, als bei der Vergebung städtischer Kleinwohnungen in Erbpacht. Denn gerade der hart arbeitende Kleinbauer bedarf zu seiner Arbeit, wenn sie wirklich gedeihen soll, des Heimatgefühls, der sicheren Gewißheit, daß niemand ihn selbst oder seine Leibeserben von seiner Scholle verdrängen kann. Nur dann wird er mit wirklicher Hingabe seinem Berufe leben und aus eigenem Interesse darnach streben, die Ertragsfähigkeit seines Gutes auf die Dauer aufrecht zu erhalten und zu steigern. In der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion aber liegt der Wert der Sozialisierung überhaupt. Um sie möglichst intensiv zu gestalten, sollen im übrigen auch die großen Grundherrschaften herangezogen werden. In Verbindung mit diesen Arbeiten soll eine Land- u. Siedelungsbank errichtet werden.

*

Die Bewegung gegen den Fremdenverkehr erfaßt immer weitere Bezirke. Auch der Kommunalverbandsausschuß Villingen-Land hat nunmehr beschlossen, jeden Fremdenverkehr bis zum 15. Juli zu sperren. Die gleiche Maßnahme wurde in anderen Gegenden des Schwarzwaldes beschlossen. Aus Baden kommt die Meldung, daß auch die Amtsbezirke Achern und Oberkirch bis 15. Juli gesperrt wurden. Man kann dieses Vorgehen verstehen. Hat doch gerade im letztverflossenen Sommer der Fremdenverkehr so unliebsame Erscheinungen gezeitigt, daß die jetzige Stellungnahme der ortsansässigen Versorgungsberechtigten als begreiflicher Akt der Notwehr erscheint. Es läßt sich nicht bestreiten, daß ein großer Teil wohlsituierter Fremder allen Verboten zuwider die ihnen gewährte Gastfreundschaft mißbrauchte und die Zeit der Sommerfrische zu schnöder Hamsterei benutzte. Dazu gesellte sich die Großhamsterei vieer Herbergen selbst, die, um den Ansprüchen der Gäste genügen zu können, dem Schleichhandel und den Schwarzschlächtern abnahmen, was nur zu haben war. Anderseits sprechen auch wieder viele Gründe gegen eine völlige Ausschließung der Fremden, vor allem das Lebensinteresse der badischen Fremdenindustrie und die 80 000 Gasthofangestellten, sodann auch die Rücksicht auf die Kranken- und Erholungsbedürftigen. Die Versorgung der Fremden wird bekanntlich durch besondere Zuteilung an die Fremdenverkehrsbezirke ermöglicht. Die Regierung und der landständische Ernährungsbeirat haben in Erwägung dieser Umstände, wie wir vor kurzem berichteten, den Fremdenverkehr auch für dieses Jahr zugelassen, indes aber doch die Kommunalverbände ermächtigt, den Fremdenverkehr mit Ausnahme gewisser Fälle bis zum 15. Juli, also während der Zeit der größten Knappheit, ganz auszuschalten. Die Fremden werden also auch in diesem Hochsommer im Badener Lande Aufnahme finden, sie werden aber im eigenen Interesse gut daran tun, die Gastfreundschaft nicht zu mißbrauchen.

*

Da im Vorstehenden gerade vom Fremdenverkehr die Rede ist, wollen wir hier noch ein Vorkommnis erwähnen, das z. T. ebenfalls unter dieses Kapitel gehört. Wir denken an das abschreckende Beispiel falscher Behandlung städtischer Gartenanlagen, das in der letzten Zeit im Stadtgarten zu Karlsruhe zu beobachten war. Wer diese wundervolle Anlage, die sich unter dem früheren Stadtgartendirektor zu einem wirklichen Erholungsorte für die Bürgerschaft und zu einer hervorragenden Sehenswürdigkeit für jeden Fremden entwickelt hatte, in diesen Tagen wieder besuchte, der muß verblüfft und entsetzt vor dem veränderten Bilde gestanden haben, das sich seinen Blicken darbot. Zunächst ist der Restaurationsbetrieb jetzt noch weiter an den See herangeführt, so daß man sich beim Eintritt nicht mehr in einer öffentlichen Erholungsstätte, sondern in einem gewöhnlichen, gewerbsmäßigen Wirtschaftsbetrieb nach Art richtiger großstädtischer Rummelplätze zu befinden glaubt. Der reizvolle Promenadenweg rechts um den See ist beseitigt, der Spaziergänger infolgedessen des Ausblicks auf die Wasserfläche und die gegenüberliegende Uferpartie beraubt. Die Pflanzengruppen vorn am See, die dem Auge immer wieder das Schönste und Aparteste darboten, das die Jahreszeit jeweils an Blüten hervorzubringen pflegte, sind durch geometrisch eingeschachtelte Anpflanzungen ersetzt, die an dieser Stelle jedem Stilempfinden zuwiderlaufen. Die jedem Besucher vertraute liebe kleine Hadumoth ist in irgend einen Winkel verschwunden. Sogar die idyllische alte Rosenanlage, eines der wertvollsten Schmuckstücke des ganzen Gartens, wurde mit Stumpf und Stiel aus dem Boden gerissen! An ihrer Stelle gähnt nun eine traurige Erdfläche, deren spärlicher Graswuchs sich vor Scham zu verkriechen scheint. Auch der Warmwasserteich und seine Umgebung machen einen jammervoll verwahrlosten Eindruck. Die Bevölkerung ist mit Recht empört über die Unkultur und die pietätlose Änderungssucht, die sich hier an der Schönheit und Poesie einer vielgerühmten Musterschöpfung deutscher Gartenkunst vergreifen durften und fragt mit Recht, ob denn keine verantwortliche Stelle sich gedrängt fühlte, diesem Sabotagewerk Einhalt zu gebieten. Die Frage ist umso berechtigter, als auch der übrige Blumenschmuck des Stadtgartens bislang für die zerstörten Reize keinerlei Ersatz bietet und die Klagen über rücksichtsloses Vorgehen der Verwaltung gegen die Abonnenten immer noch kein Gehör fanden. Auch der Tierbestand, früher die Freude der Kinderwelt und vieler Großen, macht neuerdings den Eindruck einer Verwahrlosung, die durch den Futtermangel während des Krieges allein nicht zu erklären ist. Wir wollen nicht untersuchen, wer an alledem die Schuld trägt, halten es aber für unsere Pflicht, in aller Öffentlichkeit vor der weiteren Zerstörung eines wertvollen Wahrzeichens unserer Landeshauptstadt zu warnen. f.

Aus der Landeshauptstadt.

* **Todesfall.** In einer Heidelberger Privatklinik ist an den Folgen einer Operation der Abteilungsvorstand der Bauabteilung der Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen, Oberbaurat Richard Tegeler gestorben. Mit ihm ist ein äußerst befähigter Ingenieur aus dem Leben geschieden, der sich große Verdienste um das badische Eisenbahnwesen erworbn hatte.

Staatsanzeiger.

Höchstpreise für Butter und Butterschmalz betr.

In Abänderung von Ziffer 1 bis 5 unserer Bekanntmachung vom 30. Oktober 1918 (Staatsanzeiger Nr. 255 vom 1. November 1918) wurden mit Wirkung vom 16. Juni 1919 folgende Höchstpreise festgesetzt:

1. für 1 Pfund **Süßrahmtafelbutter** beim Verkauf durch den Hersteller frei seiner nächsten Station einschließlich Verpackung 5 M. und beim Weiterverkauf im Kleinhandel 5 M. 35 Pfennig;
2. für 1 Pfund **sonstiger Butter** guter Beschaffenheit beim Verkauf durch den Hersteller 4 M. 75 Pf. und beim Weiterverkauf durch den Kleinhandel 5 M. 25 Pf.;
3. für 1 Pfund weniger gute, aber zum menschlichen Genuß noch geeignete Butter (**abfallende Ware**) beim Verkauf durch den Hersteller 4 M. 20 Pf. und beim Weiterverkauf durch den Kleinhandel 4 M. 55 Pf.;
4. für **Butterschmalz** guter Beschaffenheit beim Verkauf durch den Hersteller 5 M. 75 Pf. und beim Weiterverkauf im Kleinhandel 6 M. 10 Pf.;
5. die mit **Tafel- und Landbutter** belieferten Kommunalverbände können einen einheitlichen Kleinhandelspreis von höchstens 5 M. 20 Pf. für ein Pfund festsetzen.

Die übrigen Bestimmungen der Bekanntmachung vom 30. Oktober 1918 bleiben in Kraft.

Karlsruhe, den 13. Juni 1919.

Ministerium des Innern.
Remmele. Dr. Schüly.

Höchstpreise für Rahm betr.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 30. Oktober 1918 (Staatsanzeiger Nr. 255 vom 1. November 1918) wird mit Wirkung vom 16. Juni 1918 der Preis für 1 Liter Rahm (Kuhsahne) mit mindestens 25 % Fettgehalt beim Verkauf durch den Erzeuger auf höchstens 2 M. 75 Pf. festgesetzt.

Karlsruhe, den 13. Juni 1919.

Ministerium des Innern.
Remmele. Dr. Schüly.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badisches Landestheater.

Sonntag, den 15. Juni 1919 (So. 8):

Der Freischütz

Anfang 6½ Uhr

Mont., 16. (Mo. 35), **Erdgeist.** 7 (5,80). — Dienst., 17. (Di. 36), **Hoffmanns Erzählungen.** 7 (5,80). — Mittw., 18. (außer Miete). Für die Wohlfahrtskasse der deutschen Bühnenangehörigen. **Altheidelberg.** 7 (4,10). — Donnerst., 19. (außer Miete), **Der Freischütz.** 6½ (9,40). — Freit., 20. (Fr. 35), **2 × 2 = 5.** 7 (4,60). — Samst., 21. (Sa. 35), **Der Barbier von Sevilla.** 7 (5,80). — Sonnt., 22. (So. 9), **Die Meistersinger von Nürnberg.** 5 (9,40). — Monta., 23. (außer Miete). Zu Einheitspreisen. **Wilhelm Tell.** 6 (2,20). — Im **Konzerthaus.** Sonnt., 15., nachm. 2. Zu Einheitspreisen (1,80, 1,20) **Hoheit tanzt Walzer;** abends 7, **Wo die Lerche singt.** — Mont., 16., **Wo die Lerche singt.** 7½. Dienst., 17., **Die geschiedene Frau.** 7½. Mittw., 18., **Die Rose von Stambul.** 7½. Donnerst., 19., **Wo die Lerche singt.** 7½. Freit., 20., **Hoheit tanzt Walzer.** 7½. Samst., 21. **Zum erstenmal: Künstlerblut.** 7½. Sonnt., 22., **Künstlerblut.** 7.

Städtisches Konzerthaus.

Sonntag, den 15. Juni 1919

Zu Einheitspreisen

Hoheit tanzt Walzer nachmittags 2 Uhr | **Wo die Lerche singt** abends 7 Uhr

Soziale Frauenschule des Bad. Frauenvereins in Karlsruhe

Zwei Jahreskurse mit wissenschaftlich theoretischem Unterricht und praktischer Anleitung zu sozialer Arbeit, sowie Abschlußprüfung. Beginn neuer Kurse: Zweite Hälfte September. Satzung und Auskunft durch die Leiterin, Fräulein Dr. Schenck, Sofienstraße 39/41 oder den Badischen Frauenverein, Gartenstraße 49/51.

Der Vorstand.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.
Büro: Kaiserstrasse 100 Telephon 2350.
Rechtsanwalt
OTTO GEIER.

Altertümer Ich kaufe zu angemess. Preisen: **Altertümliche Möbel** jed. Art, **Porzellane,** insbesond. figürliche Darstellungen, wenn auch defekt, Gemälde, Kupferstiche, Miniaturbildchen auf Elfenbein od. Porzellan, Goldschmuck ält. od. neu. Art, auch Bruchgold. **Antiquitätenhandlung Arnold Fischl Kaiserstr. 140,** neben Moninger, Fernspr. 3166.

Für **alle Behörden** von **großer Wichtigkeit** ist die Massenvertilgung der Feldmäuse.
Bestes und billigstes Mittel hierfür ist **„Millimors“**
1 Röhre für ½ bis 1 Morgen ℳ 1.50. — Erhältlich in Apotheken und Drogerien, wo nicht zu haben, durch uns direkt zu beziehen:
Chemisch-bakteriologisches Laboratorium „Millimors“, Karlsruhe, Herrenstraße 15.

Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft von K. Schlipf, 21. neubearb. Auflage, 597 Seiten mit 850 Abbildungen, Mk. 13.35. Der Landwirtschaftslehrling, Mk. 9.10. Einträgl. Gemüsebau, Mk. 9.70. Gartenbuch, Mk. 5.75. Kaninchenzucht, Mk. 3.60. Ziegenzucht, Mk. 3.60. Geflügelzucht, Mk. 3.60. Geflügelfütterung, Mk. 3.60. Entenzucht, Mk. 2.20. Gänsezucht, Mk. 2.20. Bienenzucht, Mk. 5.—. 1000 Rezepte zu Handelsartikeln, Mk. 6.—. Guter Ton und feine Sitte, Mk. 5.50. Mod. Tanzlehrbuch, Mk. 3.35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung, Mk. 3.20. Geschäfts- und Privatbriefsteller, Mk. 5.50. Gegen Nachnahme. **L. Schwarz & Co., Berlin CS 14, Annenstr. 24.** G.538

Hohenfels: „Gasthaus u. Pension“ ½ Stunde v. d. Stat. Albbruck Post. Linie Basel-Konstanz. Teleph. Schönster Punkt des wildr. Albtales. Inmitten herrl. Tannwald. bietet Erholungsbedürftig. angenehm. Aufenthalt. Gute Verpfleg. Bes.: **Fritz Schlegel.**

Oberkirch **Hotel Schwarzer Adler** Altbekanntes Haus für Touristen, Kurgäste, Vereine, mod. eingerichtet, elektr. Licht, Bäder, gedeckt. Terrasse, schattig. Garten, gute Küche m. eig. Metzgerei, reine Oberkircher Weine, bayerisch Bier, mäßige Preise. **Emil Matt.**
Renchtal (bad. Schw.)

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233. Tel. 1154

ORIGINAL-GEMAELDE
RADIERUNGEN
SCHERENSCHNITTE
KUNST-GEWERBE
STETS EINGANG VON NEUHEITEN
:: Kunsthandlung und Kunstgewerbehaus :-:
GERBER & SCHAWINSKY
Karlsruhe,
Kaiserstraße 221 :-: Fernsprecher 5081

Zentral-Heizungen
Warmwasser-Niederdruckdampf-, Abdampf-, Zwischendampf-, Großraum-Heizung
Abwärmeverwertung aller Industrien spez. Brauereien, Textil, Holzfabriken, Gießereiöfen · Hochdruckdampf
Lüftung
Entnebelung, Luftschleier, Entstaubung Druckluft- und Saugzugfeuerungen
Kühlung
für Metzgereien und Hotels
Sanitäre Anlagen
Warmwasserbereitungen, Klosetts, kompl. Entwässerungen, Bade-, Waschhydrotherapeutische und medizinische Apparate
Wäscherei-Einrichtungen
Beleuchtungsanlagen
Baublechnerei u. Reparaturwerkstätte
Jul. Rössler Ingenieur
vorm. W. Kiby
Karlsruhe i. B. Fernsp. 517

Bekanntmachung.

Der Archivar des Landtags, Herr Direktor Roth, hat wegen vorgerückten Alters um Versetzung in den Ruhestand nachgesucht.

Die dadurch frei werdende Stelle wird auf 1. Oktober d. J. wieder besetzt werden, und zwar zunächst bis zum Eintritt der Zuruhesetzung des Herrn Roth kommissarisch. Die dem Landtag nach § 84 der Geschäftsordnung zustehende Wahl des Beamten soll noch vor Schluß der gegenwärtigen Tagung des Landtags erfolgen.

Die Bewerber um die bezeichnete Stelle werden hiermit ersucht, ihre Eingaben spätestens bis zum 21. d. M. dahier einzureichen. G.602.2.1

Karlsruhe, den 12. Juni 1919.

Der Präsident des badischen Landtags.
Kopf.

Bürgermeisterstelle.

Die Stelle des **Berufsbürgermeisters der Amtsstadt Bühl** (Baden) ist infolge anderweitiger Berufung des Stelleninhabers neu zu besetzen. G.593.2.

Für das Amt geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Gesuche unter Angabe des Lebenslaufs und der Gehaltsansprüche bis zum 25. Juni d. J. hierher einzureichen.

Bühl (Baden), den 6. Juni 1919.

Bürgermeisteramt:
Dr. Bender.

Zentralheizungen
Sanitäre Entwässerungs-Rohranlagen
Reparaturwerkstätte
Jul. Rößler, Ing.,
vorm. W. Kiby,
Herrenstr. 48 Fernspr. 517

Taschenuhren wenn auch reparaturbedürftig, werden stets **angekauft** in F988
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft,
Kronenstraße 52.

Sichere Existenz
Großversandhaus I. Ranges (Spezialität Wäsche und Kleidungsstücke) sucht allerorts zum sofortigen Antritt **redegewandte Damen und Herren** zum Besuch von Privatkundschaft.
Hoher Verdienst garantiert. **August Rettig,** Dessau J 309c.

Kontroll-Kassen, National, mit und ohne Bondrucker, zu kaufen gesucht. Angebote erbeten unter G.79 a. d. Exped. der Karlsruher Zeitung.

Für Baden werden sofort einige tüchtige
Bezirks-Vertreter
gegen Provision für Bankhaus (Darlehen, Hypotheken, Verkäufe usw.) gesucht. Angebote unter G.607 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Schreibmaschinen
mit sichtbarer Schrift zu kaufen gesucht.
Gefl. Angebote unter G.604 an die Exped. d. Karlsr. Zeitung. erb.

Emser Wasser

Brenn-Holz
Buchen u. Eichen, z. Strecken der Kohlen, Forlen, Tannen (Anfeuerholz), amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle:
Gerwigstraße 53
Fr. Kempermann
Telephon 5206
Brennholzsägerei, Spalterei und Bündelholzfabrik
Haltestelle der elektrischen Bahn am Schlachthof.

Öffentliche Versteigerung.

Der Kommunalverband Pforzheim-Stadt versteigert durch das städt. Hochbauamt (Altmöbelstelle) folgende von der Heeresverwaltung bezw. Reichsverwertungsamt übernommene Heeresgüter:

etwa 100 Stück große und kleine Pferde-Sielengeschirre,
etwa 25 Stück Pferdekummete,
etwa 30 Stück Armeesättel,
etwa 30 Stück Bocksättel,
eine große Partie loser Geschirrteile, wie Stränge, Ketten, Freßbeutel, Wasserfäcke, Kopfgeschirre, große und kleine Wagenplane usw.

Die Versteigerung findet am **Freitag, den 20.** und **Samstag, den 21. Juni 1919, von morgens 10 Uhr ab,** vor dem **Hinterportal der städt. Gewerbeschule, große Gerberstraße Nr. 34,** in Pforzheim gegen Barzahlung und sofortige Abholung statt, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden. Ev. Fortsetzung der Versteigerung wird besonders bekannt gegeben. G.605.2.1

Pforzheim, 13. Juni 1919.

Städt. Hochbauamt.

Bad. Forstamt Bruchsal versteigert im „Friedrichshof“ in Bruchsal jeweils **vormittags 9.15 Uhr** beginnend rund **7360 fm.** Nutzholz wie folgt:

Montag, den 23. Juni: 1025 Stück Eichen I. bis III. Kl.,

Dienstag, den 24. Juni: 2232 Stück Eichen IV. und V. Kl.,

Mittwoch, den 25. Juni: 1010 Stück Eschen I.—VI. Klasse, 861 Ster Eichen und 425 Ster Eschen Nutzschichtholz,

Donnerstag, den 26. Juni: 334 Stück Weißbuchen III.—V. Kl., 229 Rotbuchen I.—IV. Kl., 139 Rotulmen I.—V. Kl., 9 Weißulmen I.—IV. Kl., 4 Birken IV. und V. Kl., 3 Akazien VI. Kl., 74 Ster Weißbuchen Nutzrollen,

Freitag, den 27. Juni: 1173 Stück Roterlen III. bis V. Kl., 54 Ahorn IV. und V. Kl., 3 Ster Erle Nutzprügel, 2 Ster Forle Nutzrollen, 352 Ster Eiche und 68 Ster Esche Brenndaubholz,

Samstag, den 28. Juni: 743 Stück Forlen Abschnitte I.—III. Kl. Einzelverzeichnisse sind beim Forstamt zu erhalten, woselbst weitere Auskunft erteilt wird. M.619

Verdingung von Wegebauarbeiten.

Die **Wasser- und Straßenbau-Inspektion Waldshut** vergibt namens der Hauptpflichtigen Gemeinde Binzgen in öffentlicher Verdingung die Arbeiten zur Verbesserung des Weges Niederhof—Binzgen—Hochsal in 2 Losen.

Los I (gegen Niederhof).
a) 2600 cbm Erdarbeiten einschl. Gestück u. Beschotterung.
b) 27 cbm Mauerwerk und Beton.

Los II (gegen Hochsal).
a) 3400 cbm Erdarbeiten einschl. Gestück und Beschotterung.
b) 65 cbm Mauerwerk und Beton.

Angebotsvordrucke sind auf dem Rathaus in Binzgen erhältlich, woselbst auch die Verdingungsunterlagen und Pläne eingesehen werden können.

Angebote auf das Ganze oder ein einzelnes Los sind verschlossen, portofrei und mit der Aufschrift „Wegebau Binzgen“ bis **Montag, den 30. Juni 1919, vormittags 11 Uhr,** an das Bürgermeisteramt Binzgen einzureichen.

Zuschlagsfrist drei Wochen. M.719.2.1

Die **Erd- u. Böschungsarbeiten** für die Herstellung des Bahnkörpers für das 2. Gleis im Einschnitt von km 97,2 bis km 97,5 der Schwarzwaldbahn, auf der freien Strecke Aufen-Donaueschingen sind zu vergeben: Erdbewegung 5900 cbm, Böschungsfläche 1800 qm. Die Bedingungen und Zeichnungen liegen auf unserer Kanzlei zur Einsicht auf und werden dort auch die Angebotsbogen, solange Vorrat, abgegeben. Angebote sind verschlossen, und mit entsprechender Aufschrift versehen, postfrei spätestens bis **Freitag den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr,** einzureichen. M.696

Villingen, 12. Juni 1919.

Bahnbauinspektion.

Badischer Personentarif Heft A und B.

Mit Wirkung vom 1. September 1919 ab wird die Fracht für Leichen, die an die anatomischen Anstalten der Hochschulen Heidelberg, Freiburg und Basel abgeliefert werden, auf 40 Pf. für das Tarifkilometer, mindestens 5 M. für die Sendung, erhöht. M.731

Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrsbureau.

Die durch die Tariferhöhung bedingte Änderung der besonderen Ausführungsbestimmungen zu § 47 der Eisenbahnverkehrsordnung ist nach den Vorschriften in § 2 der Eisenbahnverkehrsordnung genehmigt.

Karlsruhe, Juni 1919.

Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Verlosung von Pfandbriefen und Kommunalobligationen der Rheinischen Hypothekenbank Mannheim.

Infolge der vor dem staatlichen Treuhänder vorgenommenen Verlosung ist bestimmt, daß **zur Rückzahlung** gezogen sind:

von den	4%igen **Pfandbriefen** der Serien **66, 67, 68**	alle Stücke, mit den Endziffern **063, 263, 463, 663, 863**	**auf 1. April 1919**
„ „	3½%igen „ „ „ **XXXIII** bis einschließlich **XXXIX, 41, 42, 61, 62**	alle Stücke, mit den Endziffern **188, 388, 588, 788, 988**	„ „ „ „
„ „	3½%igen „ „ „ **77**	alle Stücke, mit den Endziffern **163, 363, 563, 763, 963**	„ „ „ „
„ „	3½%igen **Kommunal-Obligationen** der Serien **III** und **IV**	alle Stücke, mit den Endziffern **124, 324, 524, 724, 924**	„ „ „ „
„ „	3½%igen **Pfandbriefen** der Serien **46** bis mit **60**	alle Stücke, mit den Endziffern **188, 388, 588, 788, 988**	**auf 1. Juli 1919**
„ „	3½%igen „ „ „ **69** „ „ **76**	alle Stücke, mit den Endziffern **163, 363, 563, 763, 963**	„ „ „ „

Mit dem **1. April 1919** bezw. dem **1. Juli 1919** endet die zinsscheinmäßige Verzinsung.

Wir sind bereit, die gezogenen Stücke in die jeweils in Ausgabe befindlichen Pfandbriefe umzutauschen.

Die Einlösung oder der Umtausch der verlosten Stücke erfolgt an unserer Kasse, sowie bei allen Pfandbriefverkaufsstellen; auch ist daselbst das Verzeichnis der aus früheren Verlosungen noch rückständigen Pfandbriefe, sowie G.220

Prospekt betr. die bei unserer Bank zulässigen mündelsicheren Kapitalanlagen erhältlich.

Mannheim, 18. Dezember 1918.

Die Direktion.